



**Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland e.V.**

Bundesgeschäftsstelle
Kaiserin-Augusta-Allee 5
10553 Berlin
Tel. +49 30 27586-40
Fax +49 30 27586-440

bund@bund.net
www.bund.net

Betreff: Einordnung Debatte um Biomethanpotenziale

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wende mich an Sie anlässlich der heutigen Anhörung zum Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG). Mit diesem Gesetz sowie der geplanten Grüngasquote soll das Heizen mit Biomethan in Gebäuden angereizt werden. An diesem Vorhaben gibt es seit Wochen massive Kritik von Industrie und Energiewirtschaft, Sozial- und Umweltverbänden, Gewerkschaften sowie Ländern und Kommunen. Hauptkritikpunkte sind die absehbar [fatale Klimawirkung](#), fragwürdige [Rechtssicherheit](#), [steigende Heizkosten für Haushalte](#) sowie die Tatsache, dass aufwändig erzeugtes Biomethan ineffizient im Gebäudesektor eingesetzt werden soll.

Insbesondere die Debatte über die Potenziale von Biomethan lässt wesentliche Aspekte außer Acht, auf die ich Sie hinweisen möchte.

Heizkosten und Investitionsrisiken werden stark ansteigen

- Biomethan ist bereits heute in der Beschaffung zwei bis dreimal teurer als Erdgas. Zusätzliche Nachfrage wird die Preise laut Studien (z.B. [dena](#)) weiter erhöhen. Eine [neue ewi-Studie](#) hält sogar eine Verzehnfachung der Preise ab 2040 für möglich.
- In Studien genannte technisch verfügbare Biomethanpotenziale bedeuten nicht, dass diese wirtschaftlich gehoben werden können. Milliarden schwere Investitionen in Methanaufbereitung und Netzanbindung bestehender Biogasanlagen wären nötig.
- Gleichzeitig entstehen auf kommunaler Ebene Planungsunsicherheit und Investitionsrisiken in Bezug auf die Stilllegung von Gasnetzen und den nötigen Ausbau von Wärmenetzen.

Bedarf übersteigt nachhaltige Potenziale

- Nachhaltig ist Biomethan nur aus Abfall- und Reststoffen. In Deutschland basiert die Produktion [energiebezogen jedoch zur Hälfte auf Mais](#), was Flächenkonkurrenzen, Biodiversitätsverluste und hohe Treibhausgasemissionen verursacht.
- Bis 2045 könnte der Bedarf an Biomethan laut der [dena-Studie](#) die inländischen Potenziale aus Abfall- und Reststoffen um das Vierfache übersteigen.

Spendenkonto
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN DE43 4306 0967 8016 0847 00
BIC GENODEM1GLS

Geschäftskonto
Sozialbank
IBAN DE51 3702 0500 0008 2802 01
BIC BfS WDE33 XXX

Vereinsregister
Berlin VR 21148 B
Steuernummer
27/026/35703
USt-ID-Nr.
DE 216308839

Der BUND ist ein anerkannter Verbraucherschutzverband sowie eine anerkannte Umwelt und Naturschutzvereinigung i.S.d. UmwRG. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, Erbschaften und Vermächtnisse an den BUND sind erbschaftssteuerbefreit.

- Höhere Potenzialwerte in anderen Studien beruhen auf weiteren problematischen Annahmen, nämlich einer technisch kaum realisierbaren vollständigen Mobilisierung von Abfall- und Reststoffen sowie dem großskaligen Einsatz synthetischer Methanisierung.
- Synthetische Methanisierung befindet sich derzeit noch im Pilotstadium und ist aufgrund von Energie- und Effizienzverlusten bislang völlig unwirtschaftlich.

Importe schaffen Abhängigkeiten mit zweifelhafter Nachhaltigkeit

- Die genannten Studien kommen zu dem Ergebnis, dass Deutschland bereits mittelfristig auf hohe Biomethanimporte angewiesen wäre, um den Bedarf von „Bio-Treppe“ und „Grüngasquote“ zu decken. Biomethan etwa im großen Stil aus der Ukraine zu importieren, ist jedoch weder mit Blick auf die geopolitische Lage noch das Ziel einer größeren Energieunabhängigkeit sinnvoll.
- Lange Lieferketten machen verlässliche Herkunfts- und Nachhaltigkeitsnachweise zudem fehleranfällig und schwer kontrollierbar.

Auch Bedarfe von Industrie und Stromsektor werden steigen

- Vorhandenes Biogas wird derzeit zum überwiegenden Teil zur Stromerzeugung genutzt und ist nicht beliebig in den Gebäudesektor verschiebbar.
- In Zukunft muss es zur Deckung von Spitzenlasten in der Stromerzeugung in flexiblen Kraftwerken einen wertvollen Beitrag leisten, wie eine [IZES-Studie](#) klarstellt.
- Weiteres Biogas und -methan sollte künftig vorrangig Erdgas in Industrieprozessen ersetzen. Weite [Teile der Energiewirtschaft](#) und der [Verband der Chemischen Industrie](#) lehnen einen Einsatz im Gebäudesektor deshalb ab.

Ich bitte Sie daher, sich bei den anstehenden Entscheidungen zur „Bio-Treppe“ im GModG und zur Grüngasquote dafür einzusetzen, dass Biogas/-methan nicht in den Gebäudesektor gelenkt wird. Stattdessen sollte es vorrangig in der Industrie und zur Deckung von Spitzenlasten im Stromsektor eingesetzt werden. Andernfalls drohen erhebliche Kosten für Klima und Natur, private Haushalte sowie die Volkswirtschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Verena Graichen
Politische Geschäftsführerin Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e. V.